

Frieden – Freiheit – Sicherheit

Grundlagen unserer Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik

Auszüge aus Reden von Bundeskanzler Helmut Kohl

Gliederung

1. Grundsätze deutscher Außenpolitik
2. Bekenntnis zum westlichen Bündnis
3. Für ein geeintes Europa
4. Vertiefung der deutsch-französischen Freundschaft
5. Bewahrung von Frieden und Freiheit
6. Ost-West-Dialog und Entspannung
7. Politik für die Menschen im geteilten Deutschland

1. Grundsätze deutscher Außenpolitik

Deutsche Außenpolitik heißt vor allem: Bewahrung der Freiheit und Festigung des Friedens in Europa und in der Welt. Für uns ist aktive Friedenspolitik eine politische Notwendigkeit und eine sittliche Pflicht...
Wir sind ein weltoffenes Land, und wir wollen es bleiben. Wir wollen gute Nachbarn in Europa sein. Wir brauchen Partner und Freunde in der Welt.
Wir haben sie. Wir wollen die Freundschaft erhalten...

Die Allianz als Friedensfaktor

Fundamente unserer Außenpolitik bleiben das Atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft. Die Entscheidung für das Atlantische

Bündnis, für die Partnerschaft mit den USA und Kanada wird uns auch in Zukunft Frieden und Freiheit sichern. Ich stehe dafür, daß der Weg, den CDU/CSU und FDP unter Konrad Adenauer eingeschlagen haben, nicht verlassen wird...

Wer von ganzem Herzen für den Frieden eintritt, wer Freiheit und Menschenwürde als höchstes Gut betrachtet, wer unsere nationalen Interessen auf Dauer gesichert sehen will, der muß das westliche Bündnis stark und gesund erhalten. Die Atlantische Allianz sichert den Frieden in Europa, und sie ist ein wesentlicher Faktor der Stabilität für die ganze Welt.

Kernstück der Allianz bleibt die fest verwurzelte Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika...

Europa – eine historische Aufgabe

Es ist unsere historische Aufgabe, auf dem Weg der Einigung Europas energisch voranzugehen. Nur ein geeintes Europa kann seinen Aufgaben in der Welt gerecht werden. Nur ein geeintes Europa kann auf Dauer unsere freiheitliche und demokratische Ordnung gewährleisten.

Die Bundesregierung setzt sich mit aller Kraft für die Europäische Union ein...

Abbau von Spannungen

Aufgrund unserer Lage und unserer Geschichte sind wir Deutschen verpflichtet, nach West und Ost gute Beziehungen zu pflegen. Für uns Deutsche gibt es zahlreiche historische Bindungen mit dem Osten...

Wir haben ein tiefes Verständnis von der kulturellen Einheit Europas in all seiner Vielfalt und Verschiedenartigkeit. Wir betrachten unsere Nachbarvölker in Mittel- und Osteuropa — nicht nur in diesem kulturellen Sinne — als Teile Europas...

Die Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen ihrer Friedenspolitik ihren Kurs der Verständigung, der Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit auch mit den Staaten des Warschauer Pakts beharrlich und ohne jede Illusion über die bestehenden Gegensätze weiterverfolgen.

Die Grundlage sind die geschlossenen Verträge, nach deren Buchstaben und Geist wir unsere Politik mit dem Osten gestalten wollen. Unser Ziel bleibt eine gesamteuropäische Friedensordnung...

Die Nation bewahren

Die gefährliche Grenze verläuft quer durch Deutschland dort, wo noch immer die Mitte Europas liegt. Diese Grenze trennt die Deutschen, sie trennt die

Europäer, sie trennt Ost und West. Vernunft und Menschlichkeit können sich nicht damit abfinden, daß an dieser Linie das Selbstbestimmungsrecht aufhören soll...

Das Bewußtsein der Einheit Deutschlands und der gemeinsamen deutschen Kultur und Geschichte wachzuhalten, ist für uns Aufgabe und Verpflichtung. Für die Überwindung der deutschen Teilung haben wir den Rückhalt im Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft nötig. Sie garantieren uns Sicherheit und Freiheit, sie stützen die Hoffnung auf Einheit nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas. Das Bündnis und das geeignete Europa, wir brauchen sie mehr als andere...

Frieden durch Gerechtigkeit in der Welt

Die Bundesregierung wird sich am Nord-Süd-Dialog in allen seinen Formen beteiligen. Wir messen hierbei dem Dialog der Weltreligionen eine hohe Bedeutung bei...

Viele Entwicklungsländer sind auf unsere Mithilfe angewiesen. Auch für uns sind Entwicklungsländer längst unentbehrliche Partner. Viele haben sich in schwierigen Zeiten als unsere Freunde erwiesen. Sie können damit rechnen, daß auch wir sie als unsere Freunde unterstützen.

(Regierungserklärung, 4. Mai 1983)

2. Bekenntnis zum westlichen Bündnis

Das Bekenntnis zu Menschenrechten und freiheitlicher Demokratie verbindet nicht nur uns Europäer. Es ist das Fundament der nordatlantischen Partnerschaft und unserer Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Kanada. Wegen dieser Gemeinsamkeit im Menschenbild und im Staatsdenken ist das Atlantische Bündnis zu allererst eine Wertegemeinschaft für Freiheit und Demokratie.

Der Doppelbeschuß der NATO festigt die Einheit zwischen Europa und Nordamerika, er läßt sowjetische Spaltungsversuche ins Leere laufen. Die Vereinigten Staaten haben damit erneut bewiesen, daß sie sich ihrer Verantwortung für die Sicherheit Europas bewußt sind.

(Europas Verantwortung für den Frieden, Fachkongreß der CDU, Bonn, 8. Mai 1983)

Für uns ist es lebenswichtig, daß das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik intakt bleibt. Hier geht es um das Bewußtsein für gemeinsame Interessen, es geht um Sympathie, es geht um Verständnis für einander. Und diese Sympathie, dieses Verständnis vertragen

selbstverständlich auch mögliche Kontroversen. Wir sind gleichberechtigte Freunde und stehen als solche nicht in einem Verhältnis der Abhängigkeit... Wir Europäer müssen endlich damit Ernst machen, unsere Kräfte außen- und sicherheitspolitisch zusammenzuschließen, um innerhalb des Bündnisses zu einem vollwertigen Partner heranzuwachsen...

Dabei gibt es für uns in der Bundesrepublik Deutschland kein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-Als-auch, was die Partnerschaft zu den Vereinigten Staaten einerseits, und die Bindung an die Europäer und an unsere französischen Nachbarn und Freunde andererseits angeht...

Wir haben nach der Erfahrung von Krieg und Diktatur unsere Grundentscheidungen für Frieden, für Freiheit, für Menschenrechte getroffen. Wir haben unter Konrad Adenauer die für viele nicht sofort einsichtige Entscheidung getroffen, daß Freiheit Vorfahrt vor Einheit hat. Wir haben gesagt, daß Krieg und Gewalt keine Mittel der Politik sein dürfen, daß die Frage etwa der Einheit der Nation nur in freier Selbstbestimmung der Deutschen und nur friedlich sowie mit Zustimmung aller unserer Nachbarn beantwortet werden kann...

Die Vereinigten Staaten — und das kann man nicht laut genug sagen — sind nicht gegen unseren Willen hier in Europa, sie sind hier auf unseren eigenen Wunsch und solange wir es wollen. Hier liegt ein ganz entscheidender Wesensunterschied zwischen einer freiheitlichen Demokratie und der kommunistischen sowjetischen Diktatur, die bei der Behauptung und Ausbreitung ihrer Herrschaft und Macht auf den Willen anderer Völker keine Rücksicht nimmt.

Insofern ist es ein unerträglicher Zustand, wenn in der aktuellen politischen Diskussion in unserem Land die Politik der Vereinigten Staaten — bei all ihren Fehlern — mit sowjetischer Politik moralisch auf eine Stufe gestellt wird.

(*Transatlantische Partnerschaft und Einigung Europas,
Rede vor der Atlantik-Brücke, Bad Godesberg, 25. Juni 1985*)

3. Für ein geeintes Europa

Wir wollen neue Wege zur Einigung Europas öffnen. Die europäische Idee hat Versöhnung über die Grenzen hinweg geschaffen und den Grundstein für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa gelegt. Europapolitik war und ist immer zuerst eine Politik für den Frieden in Freiheit.

Das müssen wir wieder ins Bewußtsein unserer Bürger bringen durch ganz konkrete Schritte:

durch den Abbau der Grenzkontrollen,
durch intensivere Kulturbeziehungen,
durch mehr Jugendaustausch...

Der Bürger muß spüren, daß die Europäische Gemeinschaft auch seinem persönlichen Interesse dient.

Unser Ziel bleibt die Politische Union Europas:

- Wir müssen die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen verbessern.
- Der Ministerrat muß sich wieder als Organ der Gemeinschaft verstehen und sich von gemeinsamen europäischen Interessen leiten lassen. In den von den Verträgen vorgesehenen Fällen muß er Beschlüsse mit Mehrheit fassen.
- Das Europäische Parlament muß gestärkt werden, damit von ihm wichtige politische Impulse ausgehen können. Dazu gehören vorrangig der Ausbau seiner Kompetenzen und die gemeinsame Arbeit an einer europäischen Verfassung.
- Die Bundesregierung unterstützt den Beitritt Portugals und Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft.
- Die Gemeinschaft muß ihre Anstrengungen erheblich verstärken, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und regionale Ungleichgewichte zu verringern. Die gemeinsame Agrarpolitik wird beim Ausbau Europas weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

(Regierungserklärung, 13. Oktober 1982)

Unsere Erwartung an die europäische Einigung bemäßt sich nicht nach Monaten und Jahren. Ich sage das in jene Stimmung der Resignation hinein, die in vielen europäischen Ländern, auch bei uns, anzutreffen ist. Sie bemäßt sich nicht nach Monaten und Jahren und nicht allein nach Konferenzen und Beschlüssen.

Wir müssen bei diesem zentralen Punkt deutscher Zukunft in historischen Zeiträumen denken. Erinnern wir uns an das Wort Konrad Adenauers: Europa, so sagte er, das ist wie ein Baum, der wächst, aber nicht konstruiert werden kann.

(Regierungserklärung, 4. Mai 1983)

Gerade angesichts dieser so erfreulichen Bilanz von Fontainebleau möchte ich aber betonen, daß wir damit keineswegs am Ende des Weges stehen. Ganz im Gegenteil, wir haben die entscheidenden Voraussetzungen dafür geschaffen, neue Initiativen für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft und für die politische Gestaltung Europas auf den Weg zu bringen. Dabei haben

wir nicht nur das Ziel der politischen Union Europas vor Augen, an dem wir selbstverständlich festhalten. Es geht jetzt darum, auf allen Ebenen der Politik gemeinsame Vorstellungen zu entwickeln und in die Tat umzusetzen. Dazu gehören so verschiedene Gebiete wie die sicherheitspolitische Zusammenarbeit und die wirtschaftliche Integration Europas...

Die Fülle der Einzelthemen darf uns nicht den Blick für das große Ziel verstellen. Es geht um neue Perspektiven für die Politik der Gemeinschaft. Und wenn es eine neue Perspektive sein soll und muß, heißt das: auf allen denkbaren Ebenen. Wichtig ist dabei, daß wir nicht wirklichkeitsferne Gedankengebäude diskutieren, sondern pragmatisch-praktische Ansätze, die die Gemeinschaft auch erlebbar für die Bürger in Europa weiterbringen, so daß Europa tatsächlich erfahrene Wirklichkeit wird.

(Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Weltwirtschaftsgipfels in London und zum EG-Gipfel in Fontainebleau, 28. Juni 1984)

Auf dem Stuttgarter Gipfel 1983 haben wir die Feierliche Deklaration zur Europäischen Union verabschiedet. Wir wollen aber weitergehen, wir wollen zur politischen Einigung in Europa kommen. Wir bleiben bei dieser Vision der politischen Einigung Europas...

Es ist wichtig, daß wir über das bisher Gesagte hinaus auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik Schritte unternehmen, um weiterzukommen, um eine politische Einigung Europas auf den Weg zu bringen. Wir haben in diesem Sinn in intensiven bilateralen Gesprächen mit den Beneluxländern, mit Großbritannien, vor allem mit dem Ratsvorsitzenden Italiens und mit unseren französischen Freunden an einem Vertrag gearbeitet.

Dieser Vertrag über eine Europäische Union wird in Mailand vorgelegt... Ein weiteres wichtiges Ziel der Bundesregierung ist in Mailand das, was ich die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Bereich der EPZ genannt habe. Es ist für uns ganz einfach eine Kernfrage, ich unterstreiche das noch einmal, inwieweit Europa und damit die Bundesrepublik Deutschland als ein Kernbereich Europas in der Lage ist, mit einer einzigen Stimme zu den wichtigen Fragen unserer Zeit zu sprechen...

Bei all dem, was wir im Bereich der europäischen Wirtschafts-, Sozial-, Gesellschafts- und nicht zuletzt Währungspolitik tun können: Wir werden keinen Schritt vorankommen, wenn wir nicht zu einer echten Konvergenz der Wirtschafts-, der Haushalts- und der Währungspolitiken kommen. Nur dann kann es uns gelingen, wirklich voranzukommen...

Wir stehen in der Tradition der Europa-Politik Konrad Adenauers. Es war die große Vision der Staatsmänner, die Europa nach dem Kriege begründet haben, aus der Geschichte zu lernen, daß Krieg und Gewalt nie wieder ein

Mittel europäischer Politik sein dürfen, und daß aus Erbfeinden Freunde werden.

(*Zielsetzungen der Europapolitik der Bundesregierung,
Rede vor dem Deutschen Bundestag, 28. Juli 1985*)

Ich begrüße insbesondere, daß der Europäische Rat die EUREKA-Initiative gebilligt hat, die auch das Ergebnis enger deutsch-französischer Abstimmung vor Mailand war. Dabei hat sich die Bundesregierung von Anfang an für ein flexibles Vorgehen eingesetzt, so daß EUREKA auch Ländern außerhalb der EG offensteht...

Wir haben mit dem deutsch-französischen Entwurf in einer für die Identität der Gemeinschaft fundamentalen Frage die Weichen neu gestellt.

(*Grundsätze und Perspektiven deutscher Politik,
Erklärung vor der Bundespressekonferenz in Bonn, 4. Juli 1985*)

4. Vertiefung der deutsch-französischen Freundschaft

Die deutsch-französische Freundschaft ist tragender Pfeiler eines enger zusammenwachsenden Europas. Sie ist in beiden Ländern fest verankert. Der Elysee-Vertrag hat sie besiegt. Auf dieser Grundlage wollen wir die vertrauensvolle Zusammenarbeit weiter ausbauen. Wir leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur politischen Einigung Europas.

(*Regierungserklärung, 4. Mai 1983*)

Der Elysee-Vertrag ist ein historisches Ereignis und ein Meilenstein in der Geschichte beider Länder, er ist lebendige politische Wirklichkeit...

Wir sind stolz auf das Erreichte. Wir wollen diese Zusammenarbeit auf allen Gebieten weiter ausbauen und vertiefen.

Der französische Staatspräsident hat uns vor Augen geführt, daß die französische Politik und die Politik der Bundesregierung in den Lebensfragen unserer Völker übereinstimmen.

Das gilt ganz besonders für die Fragen unserer gemeinsamen Sicherheit. Die Bundesregierung teilt die Auffassung des französischen Präsidenten, daß militärisches Gleichgewicht und die enge Verzahnung der Verteidigung Westeuropas und der USA unverzichtbare Voraussetzungen des Friedens und unserer Freiheit sind...

Ich glaube wie Präsident Mitterrand, daß Deutsche und Franzosen zusammen mit ihren Partnern in Europa und im Atlantischen Bündnis gemeinsam einen unverzichtbaren Beitrag leisten zur Sicherung des Friedens, zur Gewährleistung unserer Freiheit und zum wirtschaftlichen Wohlergehen.

In einer kritischen Weltlage ermutigt uns die Rede des französischen Staatspräsidenten, in engem Schulterschluß mit Frankreich mutig und selbstbewußt den Herausforderungen zu begegnen, denen sich Europa gegenüber sieht.

(*Erklärung anlässlich des 20jährigen Bestehens des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages am 20. Januar 1983*)

Das stärkste Band für unsere Freundschaft ist die auf den Vertrag gegründete Zusammenarbeit.

Dieser Vertrag hat einen Schlußstrich gezogen gegenüber der Vergangenheit, aber er begründete Optimismus und Hoffnung für die Zukunft...

In diesen zwei Jahrzehnten hat die deutsch-französische Zusammenarbeit an Intensität gewonnen, an einer Intensität, meine Damen und Herren, die eigentlich, wie Sie beim genauen Hinschauen entdecken werden, einzigartig ist zwischen souveränen Staaten...

Unsere außenpolitische Abstimmung ist auf allen Ebenen außerordentlich dicht. Es gibt kaum eine internationale Konferenz politischer oder wirtschaftlicher Natur, vor der wir nicht gemeinsam, oft bis ins Detail, unsere Position besprechen und überprüfen.

Eng ist das Zusammenwirken in Forschung, Wissenschaft, in Fragen fortgeschrittener Technologien, aber auch im Bereich der Rüstungs-kooperation...

Erst kürzlich haben unsere Regierungen mit der Vereinbarung eines regelmäßigen vertieften Meinungsaustauschs zu sicherheitspolitischen Fragen begonnen. Manch einer hat überrascht gefragt: wie das? Nun, meine Damen und Herren, dieser Teil des Vertrages ist eben erst nach 19 Jahren voll aktiviert worden.

Die Regierungen können Wege der Zusammenarbeit ebnen, können Beispiele und Anstöße geben.

Aber, meine Damen und Herren, Regierungen kommen und gehen, die Völker bleiben. Wirklich ausgefüllt werden muß der Vertrag aber durch die Bürger unserer beiden Länder. Von ihnen wird es abhängen, wie dicht und fest, wie tragfähig die deutsch-französische Zusammenarbeit in Zukunft sein wird.

Mit Bedacht haben die Väter des Vertrages ein deutsch-französisches Jugendwerk zu einem Kernstück des Vertrags gemacht: junge Leute aus beiden Völkern sollten zusammengeführt werden. Und von dieser jungen Generation hängt entscheidend ab, was aus dem Vertrag, was aus der Freundschaft, was aus unserer gemeinsamen Zukunft wird.

Ich glaube, daß in diesem Feld besonders erfolgreich gearbeitet wurde. Viele, viele junge Leute in Frankreich wie in Deutschland lernten sich in diesen

Jahrzehnten kennen, haben Sympathie füreinander, sind durch Freundschaften verbunden. Und sie haben eine wesentliche Gemeinsamkeit gefunden: sie können sich überhaupt nicht mehr vorstellen, daß es diese deutsch-französische Freundschaft nicht gibt. Sie haben in ihrer Weise ganz selbstverständlich und praktisch die Lektion der Geschichte gelernt. Diese Lektion ist für sie Bestandteil ihres Denkens.

(*Rede aus Anlaß des 20jährigen Bestehens des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages, 21. Januar 1983*)

Jetzt müssen wir versuchen, gemeinsam mit unseren Partnern und Freunden in der Europäischen Gemeinschaft ein neues Buch der europäischen Geschichte und der Gemeinschaft aufzuschlagen. Und Frankreich und Deutschland haben dabei eine besondere geschichtliche Rolle zu spielen.

Wenn ich das so sage, bedeutet das nicht, daß ich andere geringer schätze. Aber 300 Jahre europäische Geschichte hat die Menschen gelehrt, daß eben die deutsch-französische Freundschaft ein Kernstück der europäischen Integration ist. Und auf diesem Weg wollen wir voranschreiten.

(*Ansprache anlässlich der 44. deutsch-französischen Konsultationen in Bad Kreuznach, 29. Oktober 1984*)

Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich haben aus der Geschichte ihre Lehre gezogen. Europa ist unsere gemeinsame kulturelle Heimat, und wir sind Erben einer großen europäischen Tradition.

Deshalb haben wir Deutsche und Franzosen vor nahezu 44 Jahren den brudermörderischen Kämpfen ein Ende gesetzt und den Blick auf eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft gerichtet.

Wir haben uns versöhnt. Wir haben uns verständigt. Wir sind Freunde geworden.

Heute, am 22. September 1984, sind der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und der Präsident der Französischen Republik in Verdun zusammengekommen, um sich vor den Gräbern der gefallenen Söhne Frankreichs und Deutschlands zu verneigen.

Mit ihrer gemeinsamen Ehrung der Toten vergangener Kämpfe setzen sie an historischer Stätte ein Zeichen dafür, daß beide Völker unwiderruflich den Weg des Friedens, der Vernunft und freundschaftlichen Zusammenarbeit eingeschlagen haben.

Die Einigung Europas ist unser gemeinsames Ziel, dafür arbeiten wir im Geist der Brüderlichkeit.

(*Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten in Verdun, 22. September 1984*)

5. Bewahrung von Freiheit und Frieden

Freiheit ist für uns Bedingung des Friedens. Sie kann nicht sein Preis sein. Wer bereit ist, die Freiheit für den Frieden zu riskieren, wird beide verlieren...

Für uns hat die Bewahrung der Freiheit Vorrang vor allen anderen Zielen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein freiheitlicher Staat. Die Bindung an die freiheitliche Demokratie gehört zu unseren Staatsgrundlagen. Die Entscheidung für die Europäische Gemeinschaft und die Atlantische Allianz ist das Fundament dieser Politik...

Die Sicherung des Friedens in Freiheit — dies bleibt die beherrschende Aufgabe unserer Zeit. In dieser Verantwortung stehen wir bei den Diskussionen, die wir führen, und bei den Entscheidungen, die wir zu treffen haben. Wir alle sind für den Frieden. Worüber wir streiten, das ist der beste Weg, den Frieden zu erhalten...

Alle reden vom Frieden, unsere Soldaten sichern ihn. Ihr Dienst ist Friedensdienst...

Unser gemeinsames Ziel ist und bleibt ein dauerhafter und stabiler Friede in Europa, in dem die Menschen und Völker frei von Angst vor Gewalt, vor Drohung und Bevormundung leben, in dem sie ihr Schicksal selbst bestimmen können, und in den Staaten, ungeachtet der Unterschiede der gesellschaftlichen Systeme, fähig sind zur Zusammenarbeit. Das heißt, wir wollen Grenzen durchlässiger, offener, weniger trennend machen...

Für uns, für die Demokratien des Westens, bleibt Gewaltverzicht ein Wesenselement unserer Politik. Unser Grundgesetz formuliert eine klare Absage an jeden Angriffskrieg. Und das Atlantische Bündnis hat in seiner Bonner Erklärung am 10. Juni 1982 erneut bekräftigt: Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden — es sei denn als Antwort auf einen Angriff...

Manche unserer Mitbürger zweifeln am Prinzip der Abschreckung. Aber die Forderung nach einem Gleichgewicht der Kräfte ist ein politisches Prinzip, das sich durch seine friedenserhaltende Wirkung auch moralisch rechtfertigt. Es erkennt die Aggressivität der Menschen und Staaten und folgert daraus die Notwendigkeit, hier Schranken zu setzen.

(Europas Verantwortung für den Frieden, Fachkongreß der CDU, Bonn, 8. November 1983)

Wer den inneren Zusammenhang zwischen militärischer Sicherheit und Politik der Entspannung auflöst, löst auch die politische Konzeption des Bündnisses auf, ohne dafür eine Alternative zu besitzen. Wer je nach Bedarf das eine oder das andere aus den beiden Teilen des Harmel-Berichtes verfolgt, dessen Politik wird für die Freunde im Bündnis ebenso wie für die

Staaten des Warschauer Paktes unberechenbar. Wer den Doppelbeschuß und damit den inneren Zusammenhang zwischen Verteidigung und Rüstungskontrolle auflöst, stellt letztlich das Bündnis selbst und seine Entscheidungs- und Lebensfähigkeit in Frage.

(*Gemeinsam im Bündnis für Frieden und Freiheit, Regierungserklärung, 21. November 1983*)

Nur eine umfassende Abrüstung könnte militärische Mittel zur Friedenssicherung entbehrlich machen. Solange dies nicht geschieht, bleibt die Bündniskonzeption von Abschreckung und Verteidigung auf der Grundlage des Gleichgewichts unverzichtbar...

Es gibt in Wahrheit nur einen Weg aus diesem Dilemma: Wir müssen die nuklearen Waffen auf beiden Seiten drastisch reduzieren, diejenigen, die unsere Existenz bedrohen, und diejenigen, die wir heute für unsere Sicherheit bereithalten müssen. Der Weg zu mehr Sicherheit führt weg von Waffen...

Wir wollen immer danach handeln: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.

(*Regierungserklärung, 4. Mai 1983*)

Die Strategische Verteidigungsinitiative des amerikanischen Präsidenten (SDI) wird das beherrschende sicherheitspolitische Problem der vor uns liegenden Jahre sein. Man sollte sich über den philosophisch-moralischen Ansatz dieser Initiative und über das zutiefst persönliche Engagement Präsident Reagans im klaren sein und ihn ernst nehmen.

Ausgangspunkt ist der Gedanke, von einer Abschreckungsstrategie der gesicherten gegenseitigen nuklearen Vernichtungsfähigkeit zu einem gesicherten Schutz des eigenen Landes zu gelangen. Entscheidend ist, daß

- die Sowjetunion ausdrücklich anerkennt, daß SDI-Forschung nicht gegen die Bestimmungen des ABM-Vertrages verstößt und
- die USA, was der sowjetischen Seite in Genf zugesichert wurde, vor einer eventuellen Phase der Entwicklung bzw. der Einführung derartiger Systeme mit der Sowjetunion in Verhandlungen einzutreten gedenken...

Folgende Interessen lassen sich schon heute definieren:

- Ein Weltraumdefensivsystem muß die strategische Einheit des Bündnisgebietes voll berücksichtigen.
- Strategische Instabilitäten, insbesondere in einer möglichen Übergangsphase, müssen vermieden werden.
- Die Strategische Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten erfordert wegen ihrer weitreichenden Folgen insbesondere für unsere Sicherheit engste

und vertrauensvollste Konsultationen, bilateral und im Bündnis. Wir sind der amerikanischen Regierung für die laufende Unterrichtung dankbar.

■ SDI wird, unabhängig, ob die Forschungsarbeiten zu den beabsichtigten Zielen führen, einen erheblichen technologischen Innovationsschub in den Vereinigten Staaten bewirken. Ein hochindustrialisiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen europäischen Verbündeten dürfen nicht technologisch abgehängt werden.

■ Das amerikanische Weltraumprogramm ist ein starker Anreiz für die sowjetische Bereitschaft zu Verhandlungen.

(*Rede auf der XXII. Internationalen Wehrkundebegegnung in München, 9. Februar 1985*)

Unser Ziel, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen und mehr Stabilität in den Beziehungen zwischen Ost und West herzustellen, gilt selbstverständlich unverändert fort. Es ist Richtschnur unserer Politik auch gegenüber dem Projekt der amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative...

Es ist nach Auffassung der Bundesregierung unerlässlich, daß vor Entscheidungen, die über die Forschung hinausgehen, kooperative Lösungen gesucht werden, die gewährleisten,

■ daß sie strategische Stabilität erhalten und nach Möglichkeit verbessert wird,

■ die nuklearen Offensivpotentiale drastisch reduziert werden und

■ das Verhältnis von Offensiv- zu Defensivsystemen einvernehmlich definiert wird, um ein Höchstmaß an Stabilität auf kleinstmöglichem Rüstungsniveau zu gewährleisten...

Die Strategische Verteidigungsinitiative der USA stellt eine Chance dar, die heute unverzichtbare Abschreckung durch Androhung der gegenseitigen Vernichtung längerfristig durch eine stärker auf defensive Elemente abgestützte Strategie fortzuentwickeln, die eine weitgehende Abrüstung der Nuklearwaffen zuließe...

Unsere Überlegungen zur Strategischen Verteidigungsinitiative fügen sich in das Gesamtkonzept unserer Friedenspolitik ein. Wir sind unverändert an einer Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses interessiert und versprechen uns von den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf einen spürbaren Impuls für einen allgemeinen West-Ost-Dialog.

(*Erklärung der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) vor dem Deutschen Bundestag, 18. April 1985*)

6. Ost-West-Dialog und Entspannung

Uns liegt daran, eine neue und bessere Qualität der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Staaten des Warschauer Paktes zu erreichen. Wir streben an, die Gespräche mit den osteuropäischen Staaten, insbesondere mit der Sowjetunion, auf allen Ebenen zu führen, und, wenn möglich, zu vertiefen.

Dies darf jedoch keine einseitige Politik sein. Wir messen den Willen der Verantwortlichen in der Sowjetunion zur Zusammenarbeit an ihrer Bereitschaft, zum Abbau und zur Beseitigung aller Belastungen konkret beizutragen...

Die Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen ihrer Friedenspolitik ihren Kurs der Verständigung, der Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit auch mit den Staaten des Warschauer Paktes beharrlich und ohne jede Illusion über die bestehenden Gegensätze weiter verfolgen. Die Grundlage sind die geschlossenen Verträge, nach deren Buchstaben und Geist wir unsere Politik mit dem Osten gestalten. Unser Ziel bleibt eine gesamteuropäische Friedensordnung...

Die Bundesregierung sieht in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (...) eine Chance für die Gestaltung unserer Beziehungen mit den Staaten Osteuropas. Für uns (...) sind dabei alle drei Körbe der Schlußakte von Helsinki von gleichem Gewicht.

(Regierungserklärung, 4. Mai 1983)

Wichtige Ziele meines außenpolitischen Programms sind

- die Fortentwicklung langfristiger Beziehungen mit der Sowjetunion und mit unseren übrigen östlichen Nachbarn;
- die Begründung einer neuen und besseren Qualität unserer Beziehungen und
- regelmäßige Gespräche und Kontakte auf allen Ebenen, auch auf höchster Ebene...

Wir wollen deshalb eine Politik der Verständigung, der Kooperation, der Entspannung und des Ausgleichs mit dem Osten auf der Grundlage und in konkreter Ausfüllung der Verträge mit der Sowjetunion, mit der Volksrepublik Polen, mit der CSSR auf der Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens, des Grundlagenvertrages mit der DDR und der Schlußakte von Helsinki sowie der darauf gegründeten Vereinbarungen und Erklärungen...

Wir wollen eine realistische Politik. Ihr Kern ist der Gewaltverzicht. Sie ist geprägt vom Geist guter Nachbarschaft in den gegenseitigen Beziehungen. Sie

versucht, den vereinbarten modus vivendi konstruktiv zu nutzen und auszufüllen. Wir gehen davon aus, daß eine solche Politik langfristig auch zur Lösung der ungeklärten Probleme beitragen wird, die ganz Deutschland betreffen. Wir halten am Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes und an der Einheit unserer Nation fest...

Für uns bleibt Gewaltverzicht ein Kernstück unserer Friedenspolitik... Er ist tragendes Element unserer Verträge mit unseren Nachbarn im Osten...

Es ist für die Bundesrepublik Deutschland von lebenswichtigem Interesse, die militärischen Rüstungen durch ausgewogene und verifizierbare Rüstungskontrollvereinbarungen abzubauen und einzugrenzen.

(*Ansprache im Kreml am 4. Juli 1983*)

Unsere Politik gegenüber Polen ist nicht doppelbödig. Unsere Politik ist klar. Und wir meinen es aufrichtig, wenn wir sagen, daß der Teufelskreis von Unrecht und Gegenunrecht ein für allemal unterbrochen sein muß. Wir meinen es sehr ernst, wenn wir sagen: Wir wollen Versöhnung mit Polen, wie wir Versöhnung mit Frankreich erreicht haben.

(*Politik der Zusammenarbeit und des Dialogs für den Frieden, Rede vor den Ostdeutschen Landsmannschaften in Bonn, 10. November 1983*)

Unser Ziel bleibt Abrüstung und Rüstungskontrolle. Das Motto heißt: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen! Der einzige Weg dahin geht über Verhandlungen, ohne Vorbedingungen und ohne Vorleistungen, wann und wo auch immer.

(*Konstruktive Impulse für den Ost-West-Dialog, Ansprache vor dem Diplomatischen Korps in Bonn, 23. November 1984*)

10 Jahre KSZE-Prozeß bedeutet Verpflichtung für die Zukunft, in allen Bereichen der Schlußakte von Helsinki weitere Fortschritte zu erzielen. Die Bundesregierung wird insbesondere in ihren Bemühungen nicht nachlassen, die Verwirklichung der Menschenrechte einzufordern, wo immer sie verletzt werden...

Für die Bundesrepublik Deutschland bleibt der KSZE-Prozeß ein wichtiges Instrument unserer Friedenspolitik und unsere Bemühungen um Verständigung und Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn. Die Bundesregierung wird weiterhin die Bestimmungen der Schlußakte beachten und alles daran setzen, die Vereinbarungen von Helsinki in ihrer Gesamtheit zu verwirklichen.

(*Erklärung zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte, 31. Juli 1985*)

7. Politik für die Menschen im geteilten Deutschland

Wir wissen: Aus eigener Kraft allein können wir Deutschen den Zustand der Teilung nicht ändern. Wir können und müssen ihn aber, wenn möglich, erträglicher und weniger gefährlich machen. Ändern kann er sich in Wahrheit auf Dauer nur im Rahmen einer dauerhaften Friedensordnung in Europa.

Die Menschen in den beiden deutschen Staaten in Deutschland halten an der Zugehörigkeit zu Deutschland und an ihrem Selbstverständnis als Deutsche fest. Für uns gibt es nur eine deutsche Staatsangehörigkeit. Wir bürger niemanden aus...

Wir streben Erleichterungen für Reisen in beiden Richtungen an. Einheit der Nation heißt auch, daß Menschen einander begegnen, daß sie sich auch in der gemeinsamen Geschichte wiederfinden...

Berlin ... bleibt Prüfstein der Beziehungen zwischen Ost und West. Berlin ist keine Stadt wie jede andere. Die geteilte Stadt ist Symbol der deutschen Frage. Berlin ist eine nationale Aufgabe. Deshalb wollen wir die Lebenskraft der Stadt stärken und ihre Anziehungskraft fördern...

Wir treten weiterhin ein für Konsolidierung und Entwicklung der Bindungen Berlins an den Bund sowie für die Wahrung der Außenvertretung Berlins durch den Bund. Die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin muß gewährleistet bleiben. Die Bundesregierung mißt dem reibungslosen Reiseverkehr von und nach Berlin hohe Bedeutung bei.

(Regierungserklärung, 4. Mai 1983)

Der nationale Auftrag bleibt gültig und erfüllbar: In einem vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Unsere wichtigste rechtliche und moralische Position bleibt der Anspruch aller Deutschen auf Freiheit und Selbstbestimmung. Die Einheit der Nation soll und muß sich zu allererst in der Freiheit ihrer Menschen erfüllen...

Wir wollen das Erreichte bewahren und ausbauen, wir wollen die Chancen des Grundlagenvertrags und der anderen innerdeutschen Verträge und Vereinbarungen nutzen. Wir sind bereit, die Beziehungen zur DDR auf der Basis von Ausgewogenheit, Vertragstreue und Berechenbarkeit und mit dem Ziel praktischer, für die Menschen unmittelbar nützliche Ergebnisse weiter zu entwickeln...

Ohne Gewaltverzicht, ohne Achtung der Menschenrechte, ohne Freiheit wird es keine dauerhafte Friedensordnung in Europa geben.

Wem es damit wirklich Ernst ist, muß

- Mauer und Stacheldraht abbauen,
- eine Erziehung zu Haß und Feindschaft unterlassen,
- darf die Inanspruchnahme von Menschenrechten nicht mit Gewalt bedrohen.

Zur Mißachtung der Menschenrechte, auch in unserem Vaterland, können und werden wir nicht schweigen.

(*Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, 15. März 1984*)

Europa ist geteilt, weil ein Teil Europas unfrei ist. Deutschland ist geteilt, weil ein Teil Deutschlands unfrei ist...

Wer heute in resignierter Schicksalsfügung einen Schlußstrich unter die deutsche Frage ziehen will, formuliert eine Absage an das Selbstbestimmungsrecht und an die Verwirklichung von Menschenrechten. Er gibt der Freiheit aller Europäer für die Zukunft keine Chancen.

(*Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, 27. Februar 1985*)